



LINKE beschließt ihr Wahlprogramm

Zu weichgespült oder zu radikal? Am Wochenende entscheidet ein Parteitag der LINKEN über das Programm zur Bundestagswahl. Die Delegierten reisen mit teilweise großen Erwartungen an, wie rund 1000 Änderungsanträge zeigen. Alles im Griff, beschwichtigen Oskar Lafontaine und Gregor Gysi im ND-Interview. **Seiten 2 und 3**



Unser Wochenendangebot

Fuilleton: Kurt Schwaen und Günter Kunert – Briefe **Seite 12**
Essay: Franz Fühmann – eine fulminante Biographie **Seite 20**
Forum: Bildungsproteste und Minister-Bürokratie **Seite 21**
Thema: Berlins Stadtmitte – zeitgemäß, zukunftstauglich **Seite 24**

Bundestag entlastet Steuerzahler

Arbeitnehmer und Unternehmen zahlen ab 2010 rund 13 Milliarden Euro pro Jahr weniger

Union und SPD haben die größte Steuerensenkung seit dem Start der Großen Koalition beschlossen. Demnach können die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung künftig besser steuerlich abgesetzt werden. Beschlossen wurden auch befristete Erleichterungen für Unternehmen.

Berlin (dpa/ND). Die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung können vom kommenden Jahr an in größerem Umfang als bisher steuerlich abgesetzt werden. Arbeitnehmer werden mit dem am Freitag vom Bundestag verabschiedeten sogenannten Bürgerentlastungsgesetz um knapp zehn Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Teil der Gesetzespläne sind auch befristete Erleichterungen für Unternehmen im Umfang über 2,5 Milliarden Euro als Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise.

Eine Zustimmung des Bundesrates gilt als sicher, da die Firmenentlastungen auch Forderungen der Länder sind. Die verbesserte steuerliche Absetzbarkeit von Kranken- und Pflegekassenbeiträgen geht auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zurück.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) sagte, es handle sich wahrscheinlich um eine der größten Steuerentlastungen in der bundesdeutschen Geschichte. Mit Blick auf die Rekordneuverschuldung des Bundes im nächsten Jahr von voraussichtlich fast 90 Milliarden Euro sagte Steinbrück, es gebe keinen Spielraum für weitere Steuerensenkungen. Die Oppositionsparteien warfen der Koalition unter anderem »Flickwerk« vor. Grüne und



Foto: dpa/Breloer

FDP stimmten gegen das Gesetz, die LINKE enthielt sich.

Beiträge für die Arbeitslosen-, Haftpflicht-, Unfall- und Berufsunfähigkeits-Versicherung sind auch künftig absetzbar – aber nur, wenn die Höchstbeträge für Vorsorgeaufwendungen durch die Kranken- und Pflegekassenbeiträge noch nicht ausgeschöpft sind. Die Höchstgrenzen betragen künftig 1900 Euro (für Arbeitnehmer und Beihilferechtigte) und 2800 Euro

(für Steuerpflichtige, die ihre Krankenversicherung allein tragen). Darüber hinaus können mindestens die tatsächlich geleisteten Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung abgesetzt werden.

Mit dem Bürgerentlastungsgesetz werden auch Korrekturen an der 2008 in Kraft getretenen Unternehmenssteuerreform und weitere steuerliche Entlastungen von mehr als 2,5 Milliarden Euro umgesetzt. So wird die Freigrenze bei

der sogenannten Zinsschranke von einer auf drei Millionen Euro angehoben. Befristet bis Ende 2010 müssen Unternehmen mit bis zu 500 000 Euro Umsatz die Umsatzsteuer erst dann an das Finanzamt abführen, wenn ihre Kunden die Rechnung bezahlt haben. Diese ostdeutsche Sonderregel gilt bis Ende 2011 bundesweit. Außerdem werden für zwei Jahre Verlustvorträge bei Unternehmensübernahmen erleichtert.

1,02 Milliarden Menschen hungern

Welternährungsorganisation FAO verkündete neuen traurigen Rekord

Die Zahl der Hungernden in der Welt überschreitet in diesem Jahr als Folge der Weltwirtschaftskrise eine traurige historische Schwelle: Erstmals leiden über eine Milliarde Menschen unter Hunger und Unterernährung, also jeder sechste und insgesamt 100 Millionen Menschen mehr als 2008. Die alarmierenden Zahlen legte die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft am Freitag in Rom vor.

Rom/Bonn (dpa/ND). »Diese lautlose Hungerkrise gefährdet erheblich den Weltfrieden und die Sicherheit«, warnte Jacques Diouf, Generaldirektor der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO): »Wir brauchen dringende einen breiten Konsens darüber, dass der Hunger in der Welt völlig und rasch ausgerottet wird.« Die notwendigen Programme dafür müssten endlich auf den Weg kommen.

Das 21. Jahrhundert drohe zum Hungerjahrhundert zu werden, warnte Barbara Dieckmann, Präsidentin der Welthungerhilfe, angesichts der neuen FAO-Zahlen. Zwei von drei Hungernden lebten auf dem Land, also müsse die Hilfe dort ansetzen.

Dieckmann verlangte für die Bekämpfung von Hunger und Armut »nur ein Prozent der von den Industrieländern aufgelegten Konjunkturprogramme«, zusätzlich zur Entwicklungshilfe. »Die jüngste Hungerkrise ist nicht die Folge ertragsarmer Ernten in der Welt, sondern wird von der Wirtschaftskrise hervorgerufen, die zu niedrigeren Einkommen und erhöhter Arbeitslosigkeit führt«, hält die FAO fest. Die Armen hätten damit noch geringere Aussicht auf Nahrung. Diouf spricht davon, dass sich die Weltwirtschaftskrise und die in vielen Ländern hartnäckig hohen Nahrungsmittelpreise zu einer »gefährlichen Mixtur« vermengten.



Die Philippinen gehören zu den Sorgenkindern in Sachen Hunger. Foto: AFP

Mehr Investitionen in die Landwirtschaft verlangte Kanayo F. Nwanze, Präsident des internationalen Agrar-Entwicklungsfonds IFAD: »Viele arme und Hungernde sind Kleinbauern in Entwick-

lungsländern, sie brauchen Zugang nicht nur zu Saatgut und Dünger, sondern auch zu maßgeschneiderten Technologien, Infrastruktur, Finanzierung und Märkten.« Gerade in Zeiten globaler Krisen sei es für die meisten Entwicklungsländer das tragfähigste Sicherheitsnetz, in die Zukunft der Kleinbauern zu investieren, um die Ernährung sichern zu können.

Die meisten unterernährten und hungernden Menschen leben in Entwicklungsländern, die Mehrheit von ihnen (642 Millionen) in Asien und in der Pazifik-Region. **Kommentar Seite 4**

Gastkolumne

Reform durch Revolution

Von Mohssen Massarrat

Der Professor (i.R.) für Politikwissenschaften an der Uni Osna-brück wurde 1942 in Teheran geboren. Foto: Privat



Es ist faszinierend zu sehen, wie Irans Zivilgesellschaft ein fest im Sattel geglaubtes politisches System binnen zweier Wochen erschüttern kann. Während die Entwicklung in Iran von vielen mit Hoffnung für mehr Demokratie mit Begeisterung wahrgenommen wird, scheint sie die Neocons, die konservativen Medien und die proisraelischen Befürworter eines Krieges gegen Iran in große Verlegenheit zu bringen. Das Feindbild Ahmadinedschad droht ihnen endgültig abhanden zu kommen, der Demokratieimport als Legitimation eines neuen Krieges zieht nicht mehr. Irans Zivilgesellschaft ist pluralistisch und vielfältig genug, um die Demokratisierung von innen voranzutreiben. Moderne wie traditionelle Frauen und Männer, Jung und Alt, Reich und Arm – der Aufruhr wird von allen gut informierten sozialen Schichten getragen.

Heute steht Iran in derselben Situation wie vor 30 Jahren im Februar 1979. Damals ging es darum, die Monarchie zu beenden und das System zu stürzen, heute geht es um die Demokratisierung der Islamischen Republik durch eine friedliche Revolution. Offensichtlich hatte Ayatollah Chamenei mit dem Mut und der Risikobereitschaft von Mussawi, die gegenwärtige Symbolfigur der Reformbewegung, nicht gerechnet. Durch seine Entschlossenheit, den Wahlbetrug nicht zu akzeptieren und für die Durchsetzung des Volkswillens zu kämpfen, ermutigte Mussawi seine Wähler zu einem Aufbruch. Auch die Wähler widersetzten sich fest entschlossen und ohne Angst vor der Staatsgewalt dem Demonstrationsverbot und

ermutigten so ihrerseits Mussawi, nicht nachzugeben. Diese sich wechselseitig verstärkende soziale Energie mündete binnen zwei Tagen in eine Art revolutionäre Situation.

Chamenei steht vor der Alternative, entweder Ahmadinedschad zu folgen (wofür er sich offensichtlich gegenwärtig entschieden hat) und notfalls die Reformbewegung gewaltsam zu zerschlagen, damit also seine eigene Macht und die Legitimation des gesamten Systems aufs Spiel zu setzen, oder Ahmadinedschad im Interesse des Systemerhalts zu opfern. Denn im Unterschied zu dem verblendeten Präsidenten muss das geistliche Staatsoberhaupt damit rechnen, dass ein Teil der Streitkräfte einen heißen Putsch gegen das Volk nicht mitträgt. Ein erneutes Scheitern nach dem Wahlbetrug, nun auch nach einer Zustimmung zum Gewalteinsatz würde das Ende der Islamischen Republik einläuten.

Dagegen würden der Fall Ahmadinedschads und die Überwindung der undemokratischen Institutionen wie des Wächterrates, noch lange nicht ein Ende der Islamischen Republik implizieren. Denn die Reformbewegung in ihren nicht zu vernachlässigenden Bestandteilen (Mussawi selbst, Chatami, Karrubi und zahlreiche andere Führungspersönlichkeiten mit sozialistischer und vielfältiger Basis) identifiziert sich weiterhin mit einer Republik Iran, die ein islamisches Gesicht hat.

Die Verfassung der Islamischen Republik spaltete durch die Institution des Wächterrates von Anfang an die Gesellschaft in zwei Teile, in den systemtragenden und den systemkritischen Teil. Denn diese Institution ist, zusammen mit dem Revolutionsführer, das Fundament der Willkür der jeweils herrschenden Männer, die definieren, wer ein guter Muslim ist und wer zu den »Systemfeinden« zählt. Dank des aktiven Einmischens der ausgegrenzten Zivilgesellschaft gewann 1997 und 2001 der Reformler Mohammad Chatami mit überwältigender Mehrheit die Wahl zum Staatspräsidenten, ohne den Durchbruch zur Demokratisierung des Systems zu schaffen. Im Juni 2009 entdeckte der systemkritische Teil der Gesellschaft abermals seine Chance, das System zu erschüttern. Alles spricht dafür, dass diesmal die Tage der Theokratie in der Islamischen Republik gezählt sind.

EU macht Weg frei für neues Irland-Votum

Brüssel (Agenturen/ND). Die Staats- und Regierungschefs der EU haben die Weichen für eine neue Volksabstimmung in Irland gestellt. Die Iren erhalten Garantien, um ein zweites Referendum über den EU-Reformvertrag möglich zu machen. Die Union sichert Irland zu, dass sein Abtreibungsverbot durch den Vertrag von Lissabon ebenso unangetastet bleibt wie die Steuerpolitik und die Neutralität in Militärfragen. Dies soll beim nächsten EU-Beitritt als Protokoll beschlossen werden, das dann in allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden muss. Bekräftigt wurde, dass Irland anders als im Lissabon-Vertrag vorgesehen wie jeder andere Mitgliedstaat weiter einen EU-Kommissar stellen darf. Die Gipfelteilnehmer sprachen sich einstimmig für eine zweite Amtszeit für EU-Kommissionschef José Manuel Barroso aus. **Seite 7**

Kurz

Basta von Chamenei

Teheran (AFP). Nach Ansicht des obersten geistlichen Führers Irans, Ayatollah Ali Chamenei, ist die umstrittene Präsidentschaftswahl rechtens gewesen. Chamenei stellte sich beim Freitagsgebet in der Hauptstadt Teheran klar hinter Amtsinhaber Mahmud Ahmadinedschad. **Seiten 4 und 7**

Gastreffen in Brüssel

Brüssel (AFP). Die EU befürchtet wegen der Krise in der Ukraine neue Engpässe bei der Gasversorgung. Deshalb kündigte sie für kommende Woche ein Treffen mit Finanzorganisationen und europäischen Gasunternehmen an.

Pipeline gesprengt

Nairobi/Abuja (dpa). Rebellen im Nigerdelta haben nach eigenen Angaben eine Öl-Pipeline des italienischen Konzerns Agip gesprengt.

Unten links

Der Umweltschutz ist ein eigen Ding. Man darf nicht zu viel von ihm verlangen. Politiker zum Beispiel reden zwar gefiltert, aber was sie sagen, verpestet trotzdem gern die Atmosphäre. Also haltet mal die Luft an! Angela Merkel hat nun einen mutigen weltweltschützerischen Vorschlag wiederholt: Die Deutschen sollten langsamer Auto fahren. Von Kraftfahrzeugen versteht sie etwas: Immer wenn es um die Macht ging, schaltete sie am reaktionsschnellsten. Mit stoischer Ruhe hat sie die Steuern »rumgerissen; und sozial bergab geht's per Automatik. Da hält die Regierung stur ihren Kurs und verzichtet sogar auf Ehrcondition – die dicke Luft wird mehr und mehr. Und die Große Koalition hat auch ihren Sinn: Die eine Partei fährt den Karren in den Dreck, die andere baut die Räder ab. Das ist im Koalitionsvertrag die Formel 1. Nun sollen wir also langsamer fahren. Merkels Regierung fährt voran: im Leerlauf – so stehen wir weiter im Reformstau.

hades

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/So 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 51,20/57,20 SKK (1,70/1,90 EUR);
Tschechien 60/65 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

